

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Niema Movassat, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/1328 –

Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen – Soziale Ungleichheit weltweit überwinden

A. Problem

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) der Vereinten Nationen (VN) für das Jahr 2015 stellen eine ehrgeizige Agenda für die internationale Entwicklungszusammenarbeit seit 2001 dar. Ein Jahr vor dem Auslaufen der MDGs sei nach Auffassung der Antragsteller jedoch festzustellen, dass die Bilanz nicht durchweg positiv ausfalle. Einerseits konnten in vielen Ländern große Fortschritte in der menschlichen Entwicklung erzielt werden, andererseits gebe es weiterhin Länder, die in der Zielerfüllung zurückbleiben würden. Insgesamt wird die Bekämpfung von Hunger und Armut als zentrale Herausforderung auch für die Zeit nach 2015 bestehen bleiben. Für diesen Zeitraum wird aktuell ein neuer Zielkatalog der VN „Nachhaltige Entwicklungsziele“ (SDGs) ausgearbeitet.

In diesem Folgeprozess solle laut den Antragstellern eine breitere Themenpalette angesprochen werden. Die Ziele sollten so universell formuliert werden, dass sie auf die Länder des Südens ebenso wie auf die des Nordens angewandt werden könnten. Die Verantwortung des Nordens solle verstärkt werden; gleichzeitig müssten strukturelle Veränderungen angestrebt werden, um Armutsbekämpfung, Entwicklung und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu ermöglichen.

Insofern biete der begonnene Post-2015-Prozess die Chance, eine breite Debatte über die Zukunft der Gesellschaften zu initiieren – auch in Deutschland. Voraussetzung dafür sei, dass die SDG-Diskussion über die zuständigen VN-Gremien, wie die Open Working Group und die Financing Group, hinausgetragen werde. In Deutschland sollen bundesweit öffentliche Foren unter Beteiligung von Entwicklungsorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Umweltverbänden, Schulen, Universitäten, Städte- und Gemeindetagen organisiert werden, um die SDGs ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und Ideen, Vorschläge und Handlungsoptionen zu sammeln und aufzugreifen.

Nach Auffassung der Antragsteller würden bereits heute viele Zielsetzungen, über die im Rahmen des Post-2015-Prozesses verhandelt werde, durch die reale Politik unterminiert. Die Europäische Union (EU) bereite Freihandelsabkommen mit den

USA, mit Indien und anderen Ländern sowie Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern vor. Diese Abkommen würden eine nachhaltige Entwicklung verhindern.

Die Antragsteller verweisen darauf, dass einige Länder in Lateinamerika die Abkehr von einer neoliberalen Politik vollzogen hätten und beginnen würden, ihre Gesellschaften umzugestalten. Im Rahmen demokratisch organisierter Verfassungsprozesse würden beispielsweise in Venezuela, Bolivien und Ecuador neue Formen der politischen Teilnahme und soziale Rechte verankert. Der Staat würde dort wieder die Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige, wie Energieversorgung oder Transport, übernehmen. Somit würden solidarische Handelsbeziehungen organisiert und eine praktische Alternative zur Freihandelspolitik der EU entstehen.

Entwicklungspolitik müsse nach Auffassung der Antragsteller immer Teil einer aktiven Friedenspolitik sein. Rüstungsexporte aber würden zur Verschärfung von krisenhaften Entwicklungen in vielen Ländern der Welt beitragen. Darum gelte es, im Rahmen des Post-2015-Prozesses konkrete Abrüstungsziele zu formulieren. Die durch Reduktion der Rüstungsausgaben erzielten finanziellen Einsparungen könnten über die VN der globalen Entwicklungszusammenarbeit zugeführt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1328 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juni 2014

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatterin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Heike Hänsel
Berichterstatterin

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Dr. Sascha Raabe, Heike Hänsel und Claudia Roth (Augsburg)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/1328** in seiner 33. Sitzung am 8. Mai 2014 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, ihr Eckpunktepapier zu dem MDG-SDG-Prozess neu zu formulieren und darin die Leitbilder Frieden, soziale und ökologische Gerechtigkeit zu verankern.

Sie solle sich dafür einsetzen, dass die Herstellung sozialer Gleichheit und gerechter Wirtschaftsstrukturen zentrales Anliegen der SDGs werde. Dabei sollten die Staaten verabreden, dass alle bestehenden und neu entwickelten Finanzprodukte verpflichtend durch einen Finanz-TÜV zugelassen werden und riskante Finanzinstrumente und Kreditverbriefungen verboten werden müssten. Ferner sollten weltweit Transaktionssteuern auf den Handel mit Wertpapieren und Devisen eingeführt werden.

Darüber hinaus sei es grundlegend, dass Geschlechtergerechtigkeit und die Gleichstellung der Frau als unabhängiges Ziel aufgenommen würden; die Geschlechterperspektive müsse in alle Ziele der Post-2015-Agenda einbezogen werden. Dabei sollten die Bekämpfung und Überwindung aller Formen gesellschaftlicher und individueller Gewalt gegen Frauen, auch in Kriegs- und Krisengebieten, besondere Beachtung finden. Die Beseitigung der strukturellen Diskriminierung von Frauen in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens sei ebenfalls unverzichtbar.

Der Einsatz für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit im internationalen Maßstab solle sich daran orientieren, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht länger mit wirtschaftspolitischen Konditionen verbunden werden solle. Das unilaterale Konzept von „Good Governance“ solle aufgegeben werden. Priorität müsse außerdem zunehmend die Rechenschaftspflicht der Empfängerländer gegenüber der eigenen Bevölkerung im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und weniger gegenüber den Gebern sein.

Die Bundesregierung solle sich für demokratische und friedliche internationale Beziehungen einsetzen. Hierzu sei es notwendig, Reformen anzustoßen. Insbesondere solle der Wirtschafts- und Sozialrat der VN (ECOSOC) zu einem Weltwirtschaftsrat im selben Range wie der Weltsicherheitsrat weiterentwickelt werden. Des Weiteren solle bei den VN eine Kartellbehörde eingerichtet werden; Weltbank und Internationaler Währungsfonds müssten vollständig in das VN-System integriert und die Stimmrechtsverteilung müsse radikal demokratisiert werden.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, Verhandlungen über Freihandelsabkommen sowie über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu stoppen und neue entwicklungsförderliche Mandate zu formulieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage 18/1328 in seiner 18. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage 18/1328 in seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage 18/1328 in seiner 14. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage 18/1328 in seiner 17. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage 18/1328 in seiner 14. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage 18/1328 in seiner 12. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** begründet ihren Antrag damit, dass man schon seit geraumer Zeit darüber diskutiere, sich eine neue Nachfolgeagenda zu den Millenniumszielen zu geben. Diese Nachhaltigkeitsziele, die auch auf der Konferenz in Rio noch einmal bestätigt worden seien, sollten von den Vereinten Nationen formuliert werden. Ziel sei ein weltweiter Prozess, der erstmalig auf gleicher Augenhöhe zwischen den Ländern des Südens und denen des Nordens stattfinden solle. Die zu treffenden Entscheidungen einer neuen nachhaltigen Politik würden alle angehen und es müssten möglichst viele bei der Umsetzung und Formulierung einbezogen werden. Insgesamt sei die Beteiligung vor diesem Hintergrund jedoch bisher noch recht bescheiden. Bei Nachfragen in Schulen oder im Wahlkreis seien die Millenniumsziele wenig bekannt und die geplanten Nachhaltigkeitsziele nahezu unbekannt. Das sei ein Problem, weil große Anforderungen an die Länder des Nordens gestellt würden, was ihre Lebens- und Wirtschaftsweise und ihr Konsumverhalten angehe. Der Antrag solle auch Anstoß sein, im deutschen Parlament darüber zu diskutieren. Man wolle darüber hinaus Veranstaltungen durchführen und fordere die Bundesregierung auf, eine breite Partizipation in Deutschland und auf europäischer Ebene, in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, in Städten, Gemeinden und Schulen voranzubringen. Es gehe den Antragstellern darum, eine sehr konkrete Agenda mit Zielen und Strukturveränderungen zu formulieren, die dann zu den Nachhaltigkeitszielen führen könnten. Man sehe die große Gefahr, dass über gerechten Handel oder faire Chancen für den Süden gesprochen würde, aber bereits jetzt Entscheidungen getroffen würden, wie die zu den Freihandelsabkommen, mit denen für Jahrzehnte ungerechte Strukturen zementiert würden. Um eine neoliberale Agenda zu verhindern, möchte man das Thema breit diskutieren. Man habe Vorschläge unterbreitet, wie eine friedliche entwicklungsförderliche Außenpolitik aussehen könne, denn insbesondere Frieden sei ein Bereich, der zwingend in der Agenda enthalten sein müsse. Es dürfe nicht ausschließlich um die einseitige Stärkung des Reichtums der Länder im Norden oder der Eliten im Süden gehen und deswegen brauche man neue Strukturen, die im Antrag formuliert seien.

Die **Fraktion der CDU/CSU** räumt ein, dass es niemanden erstaunen werde, dass man den Antrag nicht mittragen werde. Dieser beschreibe eine „heile Welt“, die nicht andeutungsweise realisiert werden könne. Als positive Beispiele einer „heilen Welt“ würden Länder wie Bolivien und Venezuela genannt. Wenn man bedenke, dass in Bolivien Evo Morales und in Venezuela Nicolás Maduro Demonstrationen blutig niederschlagen, Indigene misshandeln und foltern würden, dann seien das keineswegs gute Beispiele einer „heilen Welt“. Es sei erstaunlich, dass in dem Antrag der Eindruck erzeugt werde, dass die Antragsteller genau wissen würden, wie andere ihr Leben gestalten müssten, um glücklich sein zu können. Bei der Diskussion um das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) könnte Deutschland über die EU sicherlich indirekt mitreden. Es sei jedoch anmaßend, bei Verhandlungen zu Abkommen anderer Länder oder Regionen bestimmen zu wollen, wie solche Verträge aussehen müssten. Vielmehr müsse man bei der Entwicklung, der Einkommenssituation und der Regierungsführung Unterstützung leisten, wodurch eigene Ressourcen generiert werden könnten, beispielsweise durch die Erhebung von Steuern. Dieses dürfe jedoch nicht oberlehrerhaft geschehen. Der vorliegende Antrag werde abgelehnt, da noch nicht einmal der Ansatz oder die dahinter stehende Idee unterstützt werden könnten.

Die **Fraktion der SPD** stimmt einigen Forderungen im Antrag zu. Der Finanz-TÜV und auch die Transaktionsteuern seien richtige Punkte und das gelte sicherlich auch für den Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme sowie die verbindlichen Arbeits- und Umweltstandards. Diese Forderungen seien auch alle bereits vorher in Anträgen der SPD enthalten gewesen. Es sei jedoch ein Widerspruch zu erkennen, denn man frage sich, wie bei einem geforderten Stopp aller Freihandelsabkommen Arbeits- und Sozialstandards durchgesetzt werden könnten, da diese am wirkungsvollsten dort verbindlich verankert werden könnten. Es bleibe bei einem Appell für Frieden, gegen Hunger und für eine schöne Welt, wenn man nicht an den Stellen ansetzen würde, wo man Veränderungen erzielen könnte. Der Antrag beinhalte ein „Sammelsurium von Forderungen“, die nicht unbedingt etwas mit dem SDG-Prozess zu tun hätten; ein solcher Antrag sollte aber auf die Sustainable Development Goals (SDGs) fokussiert bleiben. Es sei nicht alles falsch, aber die Forderung, das unilaterale Konzept von Good Governance aufzugeben und die Rechenschaftspflicht der Empfängerländer ausschließlich gegenüber der eigenen Bevölkerung zu verankern und nicht gegenüber den Gebern, lehne man ab. Man erlebe immer wieder, dass die Zivilbevölkerung in den Entwicklungsländern in der Regel nicht angehört würde. Im Augenblick brauche man die Möglichkeit, Druck auszuüben und Good Governance einzufordern. Trotz vieler guter Punkte lehne man den Antrag in der jetzigen Form ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßt den Ansatz, dass auf die strukturellen Ursachen von globaler Armut und Ungleichheit im Rahmen von globalen Nachhaltigkeitszielen eingegangen würde. Man unterstütze die Forderung, dass man mehr Politikkohärenz für eine globale nachhaltige Entwicklung benötige. Es sei bedauerlich, dass die ökologische Dimension faktisch nicht vorkomme, obwohl es um Nachhaltigkeitsziele gehe. Es finde sich lediglich der Satz „Als Leitbilder sollen Frieden, soziale und ökologische Gerechtigkeit verankert werden“. Eine wirklich nachhaltige Politik basiere jedoch auf einer sozialökologischen Transformation, und das seien zwei Seiten einer Medaille. Bei der Aufstellung der SDGs müssten Forderungen aufgestellt werden, die „vor der eigenen Haustür“ zu beginnen hätten. Nur so könne eine globale Nachhaltigkeitspolitik erfolgreich sein. Man hätte sich bei einem Antrag zu den SDGs die Benennung deutlicher Anforderungen an die Industrie- und Wirtschaftsnation Bundesrepublik Deutschland gewünscht. Es seien lediglich Forderungen aufgenommen, die einen selber nicht betreffen würden. Außerdem seien die Forderungen wenig differenziert. Bei der Aussage „In allen internationalen Gremien wird der Einfluss von Wirtschafts- und Rüstungslobbyisten radikal begrenzt“ frage man sich, wie das gemacht werden solle, und was das dann bedeuten würde. Warentermingeschäfte gehörten sicherlich auch zur Kategorie der Spekulationen, sie könnten zuweilen aber durchaus sinnvoll sein, um Geschäfte von Bäuerinnen und Bauern abzusichern. Deswegen könne man den Antrag nicht unterstützen und werde ihn ablehnen.

Berlin, den 4. Juni 2014

Sibylle Pfeiffer
Berichterstatlerin

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatler

Heike Hänsel
Berichterstatlerin

Claudia Roth (Augsburg)
Berichterstatlerin

